

Köniz wird zum Demokratie-Labor

Experiment an Gemeindewahlen In einem gross angelegten Pilotprojekt sollen Wählerinnen und Wähler bestimmen, zu welchen Themen die Kandidierenden im Wahlkampf Stellung beziehen. Hat das Zukunft?

Noah Fend

Vor den Könizer Gemeindewahlen Ende September wird einiges anders. Die Gemeinde wird Teil eines politischen Forschungsprojekts, das es so in der Schweiz noch nie gegeben hat. Es geht um Digitalisierung, um Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger – und im besten Fall um eine höhere Wahlbeteiligung.

«In der Schweiz kann die Bevölkerung politisch viel mitreden, aber immer erst am Schluss eines Prozesses», sagt Marlène Gerber, Co-Direktorin von Année Politique Suisse am Institut für Politikwissenschaft der Uni Bern und Projektleiterin des Experiments in Köniz. «Die Leute sollen mitreden können, bevor sie ihre Wahlzettel ausfüllen», sagt sie.

Wie funktioniert das? Mit dem Online-Wahlhilfeportal Smartvote und einer extra für die Könizer Wahlen entwickelten Diskussionsplattform. Rund ein Drittel aller Könizer Stimmberechtigten, also etwa 9000 zufällig aus dem Stimmregister ausgewählte Personen, sollen mitbestimmen, welche Fragen im Smartvote-Fragebogen aufgenommen werden. Bisher haben das die Smartvote-Verantwortlichen selbst gemacht, zum Teil mithilfe von Parteien oder Behörden. Die Forschenden rechnen damit, dass rund zehn Prozent der Angeschriebenen auch tatsächlich mitmachen.

Diskutiert wird anonym

Zunächst formulieren die Könizer Ortsparteien im Vorfeld mögliche Fragen für den Smartvote-Fragebogen. Dann sind vom 14. Juni bis 2. Juli die ausgewählten Stimmbürgerinnen und Stimmbürger am Zug. Auf der extra dafür entwickelten Onlineplattform bewerten und kommentieren sie die Vorschläge und bringen eigene Themen und Fragen ein, die dann wiederum bewertet und kommentiert werden. «Im Idealfall entsteht so ein konstruktiver Austausch zwischen verschiedenen Interessen», sagt Gerber. Zwecks Datenschutz diskutieren die Teilnehmenden stets anonym. Über den Umfang ihres Engagements können sie selbst entscheiden. Bestenfalls loggen sich die Teilnehmenden im genannten Zeitraum mehrmals pro Woche ein. Den finalen Fragebogen stellt Smartvote mithilfe der Ergebnisse aus der Bürgerbeteiligung zusammen.



Giada Gianola (links) und Marlène Gerber von der Uni Bern und Michael Erne von Smartvote in Köniz. Foto: Barbara Héritier

«Einige könnten versuchen, Wahlwerbung für ihre Partei zu machen.»

Nenad Stojanović
Politikwissenschaftler an der Universität Genf

«Das Einbeziehen der Bevölkerung sensibilisiert diese auf die anstehenden Wahlen und steigert die Aufmerksamkeit für politische Themen», sagt Gerber. Im besten Fall führe das auch zu einer höheren Wahlbeteiligung.

Auch bei Smartvote verspricht man sich viel vom Pilotprojekt in Köniz. Die Mitwirkung von Wählerinnen und Wählern am Fragebogen führe dazu, dass dieser lokal noch besser verankert sei, sagt Michael Erne, Projektleiter bei

Smartvote. Bei kommunalen Wahlen ist es für die Mitarbeitenden oft schwierig und aufwendig, treffende Fragen zu formulieren. «So erhoffen wir uns Fragen, die näher an den Lebenswelten der Menschen sind», sagt er.

Köniz ist das ideale Labor

Dass Köniz zum Versuchslabor für das Demokratie-Experiment wird, ist kein Zufall. «Die Gemeinde hat eine ideale Grösse und ist sowohl städtisch als auch ländlich geprägt», sagt Gerber. Ausserdem ist Smartvote in Köniz bereits bekannt. Seit 2009 nutzt die Gemeinde das Tool. 2017 haben fast 90 Prozent der Kandidierenden den Fragebogen ausgefüllt. Über 4600 Könizerinnen und Könizer haben Smartvote für eine persönliche Wahlempfehlung genutzt.

In der Gemeinde selbst sieht man im Forschungsprojekt eine Möglichkeit, das Interesse an lokalen Themen und an lokaler Politik zu steigern. «Wir erreichen durch das Einbinden der Bevölkerung möglicherweise auch Leute, die sonst weniger an Politik interessiert sind», sagt Pascal Ar-

nold, Gemeindeglied von Köniz. Auch er hofft auf eine möglicherweise höhere Wahlbeteiligung durch das Projekt. 2017 betrug diese 41,9 Prozent, 2013 lag sie bei 43,6 Prozent.

Nicht nur die Gemeinde, auch die Forschenden versprechen sich viel vom Könizer Experiment. «Wenn sich das Tool für diese Art von Interaktion bewährt, sehe ich darin grosses Potenzial, auch über die Lokalpolitik hinaus», sagt Gerber. Auch Michael Erne von Smartvote hofft, bald häufiger und auch andernorts die Bevölkerung in die Entwicklung der Politfragebögen einzubeziehen. Und Gemeindeglied Arnold sagt, er könne sich gut vorstellen, dass dieses Beispiel Schule mache und in der Gemeinde Köniz auch künftig zum Einsatz kommen könnte.

Es gibt auch Gefahren

Auch andere, nicht am Experiment beteiligte Forscher blicken diesen Sommer interessiert nach Köniz. Nenad Stojanović, Politikwissenschaftler an der Universität Genf, sieht im Pilotprojekt

einen «sehr interessanten Ansatz» und eine «vielversprechende Möglichkeit» für mehr Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. «Mit einem bestehenden technischen Tool und guter Moderation könnte das auch in Zukunft zur Anwendung kommen», sagt er.

Trotzdem sieht er in der Durchführung noch einige Knackpunkte. «Es ist schwierig, eine repräsentative Auswahl der Teilnehmenden zu erhalten», sagt Stojanović aus eigener Erfahrung. Ausserdem sei es ohne finanzielle Anreize für die Teilnehmenden fraglich, ob tatsächlich zehn Prozent der Angeschriebenen auch mitmachen, wie dies die Forschenden erwarten. «Einige könnten zudem versuchen, Fragen im Sinne ihrer favorisierten Partei einzuschleusen.»

Eine Moderation der Diskussionen durch das Projektteam, eine grosse Stichprobe, ein Mechanismus, der die übermässige hohe Beteiligung einzelner Personen verhindert, und eine Hotline für technische Fragen sollen Abhilfe schaffen. Ob das gelingt, wird sich diesen Sommer zeigen.

Peter Stähli wird alleiniger Präsident

Bernexpo Die Messeorganisation hat ein schwieriges Jahr hinter sich.

Der Verwaltungsrat der Bernexpo AG soll am 21. Mai Peter Stähli zu seinem Präsidenten wählen. Das teilte das Unternehmen am Dienstag nach der Generalversammlung mit. Stähli ist bekannt als Mitgründer und langjähriger CEO des Swiss Economic Forum. Dem Verwaltungsrat der Bernexpo gehört er seit 2019 an. Seit August 2020 hatte das Gremium ein Co-Präsidium, weil Verwaltungsratspräsidentin Franziska von Weissenfluh aus gesundheitli-

chen Gründen kürzer treten musste. An der Generalversammlung, die aufgrund der Pandemie erneut ohne die Anwesenheit der Aktionäre stattfand, wurde von Weissenfluh verabschiedet. Regierungsrat Christoph Ammann und der Berner Stadtpräsident Alec von Graffenried hoben ihre Verdienste hervor.

Die Bernexpo Gruppe hat ein schwieriges Geschäftsjahr 2020 hinter sich. Wegen der Coronapandemie war das Kerngeschäft

ab März 2020 praktisch stillgelegt. Das Unternehmen fuhr einen Verlust von 16,1 Millionen Franken ein.

2021 soll es trotz erneuter Absage der BEA besser werden. «Wir schauen mit Zuversicht auf die zweite Jahreshälfte und hoffen, neben den beiden Fachmessen Ornaris und Sindex auch alle vorgesehenen Live-Veranstaltungen durchführen zu können», erklärte der designierte Verwaltungsratspräsident Stähli. (sda)

Berner Freibäder öffnen am Samstag – mit Schutzmassnahmen

Stadt Bern Die Berner Freibäder eröffnen am kommenden Samstag ihre Saison. Wegen Corona gibt es auch dieses Jahr Personenzahl-Beschränkungen, strikte Abstandsregeln und eine Maskentragpflicht – aber nur, wenn der Mindestabstand von 1,5 Metern nicht eingehalten werden kann. Das könne zum Beispiel in den Garderoben der Fall sein oder beim Warten vor den sanitären Anlagen, teilte die Stadt Bern am Dienstag mit. Das Sportamt empfiehlt, sich wenn möglich zu Hau-

se umzuziehen. Die Personenzahl pro Bad ist beschränkt, sodass die Vorgabe des Bundes eingehalten werden kann: Pro Person 10 Quadratmeter Platz. Im Internet wird die Auslastung der Anlagen angegeben.

In den Freibädern Wyler, Marzili und Lorraine gibt es diesen Sommer erstmals eine «Universal-Garderobe», die für alle Besuchenden unabhängig von ihrem Geschlecht zugänglich ist. Die geschlechtergetrennten Garderoben bleiben bestehen. (sda)

ANZEIGE

Ernährungssicherheit gefährden?



Extreme Pflanzenschutzinitiative & Trinkwasserinitiative

2x NEIN



Nachrichten

Bernmobil plant fürs Jahr 2060

Verkehr Bei der Erschliessung des Inselareals befürwortet Bernmobil langfristig die Tram-Lösung. Diese habe klare Vorteile gegenüber einer unterirdischen Bahnerschliessung, so Bernmobil. Der Kanton hatte die öffentliche Mitwirkung im April eröffnet. Mittelfristig sollen Doppelgelenk-Busse dafür sorgen, dass der öffentliche Verkehr zwischen Zentrum und Inselareal nicht kollabiert. Nach 2060 werde das aber nicht mehr reichen. Danach wäre eine neue Tramlinie zum Güterbahnhof denkbar – oder aber die Verlängerung des Regionalverkehrs Bern-Solothurn (RBS) vom Bahnhof in Richtung Süden. (sda)

Erneute Abstimmung über Steuererhöhung

Stettlen Der Gemeinderat von Stettlen unternimmt einen neuen Anlauf, um das Budget 2021 unter Dach zu bringen. Nach dem Volks-Nein im Dezember schlägt er nun eine etwas geringere Steuererhöhung vor. Die Steueranlage soll von 1.50 auf 1.57 steigen statt auf 1.60. Der revidierte Voranschlag weist ein Defizit von 267'300 Franken aus, wie der Gemeinderat mitteilte. Die Stimmberechtigten entscheiden am 13. Juni an der Urne. (sda)

Zentrale Küche für städtische Kitas

Biel Die Bieler Tagesschulen und Kitas sollen künftig hochwertiges Essen von einer zentralen Küche beziehen. Die Stimmberechtigten entscheiden voraussichtlich im September über einen Kredit von 8,15 Millionen Franken. Die Kinder sollen künftig mit Mahlzeiten aus regionalen, saisonalen und biologischen Zutaten versorgt werden. Im Alterszentrum Redern in Bözingen will die Stadt nun eine Produktionsküche einrichten. (sda)

Freie Willensbildung war nicht gefährdet

Herzogenbuchsee Der Oberaargauer Regierungsratshalter Marc Häusler hat die Beschwerde eines Stimmbürgers gegen eine Urnenabstimmung in Herzogenbuchsee abgewiesen. Laut Häusler hat der Gemeinderat nicht einseitig informiert. Die Stimmberechtigten stimmten am 20. Dezember 2020 mehreren Vorlagen zu. Der Beschwerdeführer hatte sich an der Abstimmungsbotschaft gestört. Statthalter Häusler sieht es anders: Die freie Willensbildung des Souveräns sei nicht gefährdet gewesen. Der Entscheid kann weitergezogen werden. (sda)